

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.
 Publikationsorgan der Berufsfrankencassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b^{III}
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Zum eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 32 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 7. August in Händen der Redaktion sein.

Arbeitsgemeinschaften oder nicht?

In einer Berliner Generalversammlung soll demnächst die Frage der Arbeitsgemeinschaft erörtert werden, um später in einer Sitzung des Verbandsbeirats entschieden zu werden. Die Gegner der Arbeitsgemeinschaft wollen den Nachweis erbringen, daß die Arbeitsgemeinschaft die Arbeiterinteressen schädigt und deshalb beseitigt werden muß. Man darf auf diese Erörterung, für die Referent und Korreferent sprechen sollen, gespannt sein, und es ist zu erwarten, daß die Mitglieder recht zahlreich in der Versammlung erscheinen.

Ohne dieser Auseinandersetzung etwa vorzuziehen zu wollen, möchten wir doch nicht unterlassen, einige Tatsachen hierzu anzuführen. In erster Linie machen die Gegner der Arbeitsgemeinschaften geltend, der Kampfcharakter der Gewerkschaften gehe verloren, es müsse mehr revolutionärer Geist in dieselben hineingetragen werden. Die Ausführungen des Organisationsleiters in der Versammlung vom 29. Juli über das Verhalten vieler Betriebsräte den Unternehmern gegenüber haben indes gezeigt, wo es wirklich fehlt.

Ein erheblicher Teil der Mitglieder läßt sich an revolutionärem und radikalem Getue genügen, hat aber nicht die Kraft und den Geist, den Unternehmern gegenüber als Betriebsrat ihr Recht zu vertreten; da muß erst die Organisationsleitung sich hinter sie stellen und die Unternehmer zwingen, daß sie die Rechte und Pflichten der Betriebsräte achten. Es ist zum Heulen!

Sehen wir uns nun die Lohnkämpfe an, die nach der Revolution geführt wurden. Sind denn jemals zuvor so zahlreiche Lohn- und Tariffkämpfe geführt worden? Während der Kriegsjahre hatten wir einen allgemeinen Tarif für das Reich, jetzt haben wir alle Monate Sondertarife abzuschließen, hieß es. Ja, ist das Harmoniedünselfei oder ist das Kampf? Will man nicht sehen oder ist man nicht imstande, Kern und Wesen der Sache richtig zu erkennen und wendet sich nur deshalb dagegen, weil es nun einmal so Mode ist.

Man befürchtet, der Kampfcharakter geht verloren, wenn man mit den Unternehmern verhandelt und zusammenarbeitet. Ja, denkt man so gering von sich selbst, daß die Verührung und Aussprache mit den Unternehmern schon hinreicht, um zu kurz zu kommen, wie das Verhalten verschiedener Betriebsräte allerdings gedeutet werden kann?

Wir alle wissen, daß es zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen Gegensätze gibt, die unüberbrückbar sind, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung in der heutigen Form besteht. Die Interessen des Unternehmers sind in der Regel privat-industrielle, und wenn er sich mit seinesgleichen verbindet, so nur deshalb, um mit deren Beistand diese seine persönlichen Vorteile besser wahrnehmen zu können.

Bei uns Arbeitern liegt die Sache schon wesentlich anders, weil unsere persönlichen Interessen fast gleichartige sind, die sich nur gering voneinander unterscheiden, was beim Unternehmer nicht der Fall ist; denn bei ihm kommt es doch darauf an, wie groß und umfangreich das einzelne Unternehmen ist. Denn davon hängt eben Gewinn und Verlust ab. Der Unternehmer läßt nicht produzieren, um der Gesamtheit der Volksgenossen zu nützen oder aus sozialen, ethischen oder sonstigen Gründen, sondern in erster Linie, um möglichst zu verdienen, um Profit zu machen, damit er sich den höchsten Lebensgenuß verschaffen kann.

Um dieses Zieles willen unterdrückt er alle sozialen Regungen. Er kümmert sich nicht darum, ob jene Mitmenschen, die ihm alle Waren erzeugen, mit dem Lohn, den er ihnen zahlt, auch ihr Auskommen finden können. Wenn er die Macht hat, drückt er die Löhne rücksichtslos so weit wie möglich herab, sowohl als einzelner wie als Organisierter im Verband mit seinen Klassen-genossen.

Diesen Zustand bekämpfen wir Sozialisten grundsätzlich als gemeinschädlich und volksfeindlich. Wir verlangen, daß die Warenerzeugung, überhaupt die menschliche Arbeit, so geregelt wird, daß nicht der einzelne private Unternehmer den Löwenanteil für sich in Anspruch nehmen kann, sondern daß der Profit allen, die tätig sind, in gerechter Weise zuteil wird.

Wir alle kennen den Zweck der Gewerkschaft, der in der heutigen Gesellschaftsordnung dahingehet, dem Arbeiter seinen gerechten Lohnanteil am Arbeitsertrag zu erkämpfen und zu sichern. Jeder Gewerkschaftler, der nur einigermaßen mit der Gewerkschaftstheorie und -praxis vertraut ist, muß aber doch auch begriffen haben, daß damit unser Streben sich nicht erschöpft, sondern daß es letzten Endes darin gipfelt, das heutige privatkapitalistische Lohnsystem zu beseitigen und durch die sozialistische Produktionsweise zu ersetzen. Mit anderen Worten: die menschliche Arbeit soll so organisiert werden, daß die gesamte Volksgemeinschaft daran teilzunehmen hat, aber auch den gleichen Anteil erhält.

Es bedarf nicht vieler Worte, um zu beweisen, daß das gesamte Unternehmertum allen Bestrebungen, die eine Sozialisierung der Produktion herbeiführen wollen, den schärfsten Widerstand leistet.

Schon die Tatsache an sich müßte jedes Mißtrauen aus den Köpfen jedes Gewerkschafts-genossen verbannen. Mag man Tarifgemeinschaften oder Arbeitsgemeinschaften sagen, die Gegensätze zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften sind unüberbrückbar.

Die Klassegegensätze haben nicht die Arbeiter geschaffen, sondern sie sind von jenen Leuten hervorgerufen worden, die ihre Mitmenschen ausbeuten und unterdrücken. Nun sind sie noch erbost darüber, daß die Arbeiterklasse diese Tatsache endlich begriffen hat und gemeinsam den Kampf führt gegen die Klasse der kapitalistischen Unterdrücker. Die gemeinsame Kampffront der Arbeiterklasse ist aber zugleich ihre Stärke gegenüber der Unternehmerklasse, die sich ebenfalls in einer Einheitsfront der Arbeiterklasse gegenüberstellt.

Ueber den Zweck der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum sind sich nun die wenigsten Arbeiter recht klar.

Es hat das seinen guten Grund in der Art und Weise, wie seit der Revolution agitiert worden ist. Wer natürlich daran glaubt, daß die kapitalistische Produktionsweise sozusagen mit einem Ruck beseitigt werden kann und muß, wird die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten nicht befürworten. Er fordert ganz einfach die vollständige Unterdrückung der Unternehmerklasse durch die Diktatur des Proletariats, Uebernahme der gesamten Produktion und Leitung durch die Arbeiterklasse.

Wie sich dieser Prozeß in Wirklichkeit abspielt, haben wir gerade an dem russischen Beispiel klar und deutlich erlebt. An Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft ist eine Zwangswirtschaft getreten, die viel schlimmer ist, als es ihre Befürworter ahnen. Die Freiheit des einzelnen Menschen hat vollständig aufgehört. Doch wir haben in den letzten Wochen genügend darüber berichtet, wie es in Rußland gekommen ist, daß die sozialistische Produktionsweise nicht in der gehofften Vollkommenheit eingeführt werden konnte und daß Lenin selbst die Einsicht gewonnen hat, daß hierzu eine Erziehungsarbeit von vielen Jahren notwendig ist.

Ist dem aber so, dann müssen wir auch erkennen, daß die Umformung der Wirtschaft in unserem Sinne nur möglich ist, wenn wir selbst die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die zur Verwirklichung der Sozialisierung erforderlich sind. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß zum Volksganzen, dem die sozialistische Wirtschaft dienen muß, auch jene Klassen gehören, die uns heute bekämpfen und die wir bekämpfen. Diese müssen deshalb dahin gebracht werden, daß sie unsere Mitarbeit suchen, weil sie ohne dieselbe einfach nicht existieren können. Die Unternehmer

haben schon viel vor ihrem früheren Standpunkt preisgeben müssen, und sie würden neuerdings nicht wieder so prozig auftreten, wenn sie nicht darauf rechneten, daß die Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiter noch zunehmen und ihnen zu Hilfe kommen wird.

Wir brauchen uns nicht an das Wort Arbeitsgemeinschaften zu binden und festzuweisen, denn es kommt weniger auf den Titel an, als auf den Inhalt einer Sache. Nehmen wir doch die Tatsachen wie sie sind, und lassen wir das fruchtlose Spintisieren über die angeblichen Gefahren der Arbeitsgemeinschaften. Wo und wann immer wir mit Unternehmern zusammenkommen, verhandeln und Verträge abschließen, immer werden wir unsere Grundsätze, unsere revolutionären Ziele: Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsweise, hochhalten.

Wer sieht, welchen Kampf die Gewerkschaften jetzt gegen die ungarische Schredensherrschaft aufgenommen haben, der sollte doch den Blick etwas weiten und nicht an dem, ach, so unbedeutenden Streit um Arbeitsgemeinschaft oder Diktatur hängen.

Die gewerkschaftliche Internationale ist unsere Hoffnung, sie kann und muß die neue Großmacht werden, die es mit der Zeit fertigbringt, dem internationalen Ausbeutertum das verbrecherische Treiben unmöglich zu machen, das so unfähiges Elend über die Menschheit gebracht hat und immer wieder neues Elend zeitigen wird, wenn ihm dies nicht durch die Koalition der organisierten Arbeiter der gesamten Kulturwelt verleidet wird. Wie klein und nichtig erscheint uns da der Streit innerhalb einer kleinen Gewerkschaft über die Frage, ob Arbeitsgemeinschaft oder nicht. Die Unternehmer sind da, und wir wollen und müssen mit ihnen fertig werden, so oder so, daß Wie ist nebensächlich und eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

Darüber herrscht kein Zweifel in unseren Reihen, daß die Gegensätze bestehen und sich von Tag zu Tag verschärfen. Ein Spalt klappt! Zwei Lager bestehen! Ein hüben und drüben nur gilt! Deshalb seid unbefangt: die Tatsachen führen uns schon den richtigen Weg; der Titel macht es nicht, unter dem wir diesen Weg verfolgen. Wir kämpfen für den Sozialismus, für die Freiheit des Menschengeschlechts!

Die Krise in der Lederwarenindustrie.

Der Niedergang unserer Industrie nimmt mit jeder Woche schärfere Formen an. Das Offenbacher Gebiet kann wohl als das am schwersten davon mitgenommene betrachtet werden. Wir zählen zurzeit rund 1500 Erwerbslose bei einer allgemein verkürzten Arbeitszeit von 24 Stunden die Woche. Die Betriebe, die voll arbeiten, sind an den Fingern aufzuzählen. Die Lage der Kollegenschaft ist trostlos; denn die geringe Unterstützung ist bei der herrschenden Lebensmittelpreiserhöhung ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dazu keine Aussicht auf baldige Besserung. Ein Anziehen des Geschäftes gegen den Herbst ist nicht zu erwarten im Hinblick auf die gefüllten Lager. Es wird die ganze Kraft unseres Verbandes aufgewendet werden müssen, um die Kollegen über die Katastrophe hinwegzubringen. — Hierbei einige Worte zu dem Verhalten unserer Unternehmer. Abgesehen von einigen wenigen haben sie ihre Arbeiter fast alle im Stich gelassen. Die Bemühungen des Verbandes, eine generelle Vergütung zu erzielen, waren ergebnislos. Die Kollegen sind auf das angewiesen, was die einzelnen aus freien Stücken vergüten. Wieviel das ist, kann sich jeder berechnen, der die Unternehmer kennt. Auf eine Tatsache sei besonders hingewiesen, daß die Unternehmer ihre ältesten Arbeiter entlassen. Gerade solche, die 20 und noch mehr Jahre in einem Betriebe gearbeitet haben. In früheren ähnlichen Fällen war das nicht der Fall. Das gute Einbernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter, von dem leider noch so viele Kollegen träumen, so sieht es in der Praxis aus. Die Profitsucht der Fabrikanten ist in vollkommener Nacktheit für den, der sehen will, leicht zu erkennen.

Von den vielen Versuchen der Unternehmer, den Tarifvertrag zu durchbrechen, sei nur nebenebei gesprochen; das Kapitel wird später zu besprechen sein, wenn die Krise einen Abschluß gefunden hat. Diese kritische Lage unserer Industrie löst naturgemäß Stimmen aus, die sich damit beschäftigen, wie die Krise zu beheben sei bzw. auf welche Art die Kollegen den wenigsten Schaden dabei hätten. Dabei prallen die Meinungen oft ganz gehörig zusammen, besonders wenn Anhänger der „sofortigen Sozialisierung“

ihren Standpunkt vertreten. Außer allem Zweifel steht es (für den Schreiber dieser Zeilen), daß die Sozialisierung unserer Industrie das schwerste Stück Arbeit auf dem Gebiete der Sozialisierungen überhaupt darstellt. Aber, erwacht uns nicht gerade deswegen die Pflicht, dieser Frage näherzutreten? Statt dessen können wir beobachten, daß die maßgebenden Personen diesen Fragen ausweichen, wenn nicht gar die Anhänger des Sozialisierungsgedankens bekämpfen. Einzig und allein deswegen, weil die Sozialisierung der Umgestaltung unserer Industrie sei.

Was ist daran Wahres und welche Pflichten erwachsen dem Führer der Organisation dadurch?

Der Uebergang zur Bedarfswirtschaft, wie ihn die Sozialisierung darstellt, ist der Brennpunkt. Wo beginnen die Grenzen des Bedarfs für eine Industrie, die allgemein betrachtet, zu 80 Proz. als Luxusindustrie anzusehen ist? Bedeutet die Lösung der Frage tatsächlich den Ruin der Industrie? Es muß klipp und klar ausgesprochen werden, daß wir zurzeit von den bestehenden Klassengegensätzen unsere Lebenseristenz ableiten, da wir mit unseren Erzeugnissen Bedürfnisse einer Klassenschicht befriedigen, die zur Befriedigung eben dieser Bedürfnisse Quellen des Profites benötigten. Kollege Busch weist ersteres treffend nach, indem er in Nr. 28 unserer Verbandszeitung in der Abhandlung „Unsere Industrie in Mitteldeutschland“, Absatz 2, zu folgenden Feststellungen kommt: „In den früheren Residenzstädten Dresden, Altenburg, Weimar, Dessau, Gotha und Gera (Meuß) schmachtete der Adel und die Gekskaristokratie an den Höfen der Fürsten. Der Luxus, welcher von dieser getrieben wurde, begünstigte die Entfaltung des Tapezierergewerbes in den genannten Orten. Die großen Industriezentren Leipzig, Hannover, Magdeburg, Chemnitz, Halle, Cassel und Erfurt gaben den Tapezieren Gelegenheit, ihren Beruf zu höherer Bedeutung zu bringen.“ Was hier von dem Tapezierergewerbe im besonderen gesagt wird, trifft im allgemeinen für den Teil der Lederwarenindustrie zu, der lediglich Luxuswaren herstellt, und das ist kein unbedeutlicher. Ein weiterer Ausdruck eines an erster Stelle stehenden Kollegen: „Unsere Industrie ist lediglich eingestellt auf Spekulation und befriedigt zum größten Teil die raffinierten Bedürfnisse der Modewelt.“ Mit diesem Ausdruck sollten die gesamten Sozialisierungsbedanken toteschlagen werden, und wird es nur deswegen hiermit angeführt, um zu beweisen, wie unser Beruf seinen Nährboden in den bestehenden Klassengegensätzen hat. Eine Gesellschaft nur, die keine Klassengegensätze duldet und durch die Sozialisierung die Quellen des Profites verschließt, verschließt quasi die Quellen unseres Lebensunterhaltes.

Lassen wir uns nun von unseren egoistischen Instinkten leiten, die auf Aufrechterhaltung und Ausbau des Bestehenden hinweisen, bestimmt durch das Prinzip der Selbsterhaltung, so werden wir damit zu ungewollten Bundesgenossen der Reaktion; zu Verrätern an der Idee des Sozialismus überhaupt. Denn alle Maßnahmen, die wir treffen wollten, müßten darauf gerichtet sein, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wollen wir nun Mitbester für den sozialistischen Aufbau werden, so erwacht uns zwingende Pflicht. Es gilt, in vorbereitendem Sinne die Frage zu behandeln. Gerade die herrschende Krise, die Zeugnis ablegt von dem Unvermögen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig und dauernd zu befriedigen und zu versorgen, gibt Anlaß, hier den Boden für das Kommende zu bereiten. Es treten Momente in Erscheinung, die ihrer Natur nach kapitalistischen Ursprungs sind, in ihrer Wirkung jedoch Verähnlichkeit haben mit solchen als Folge von Sozialisierungsmaßnahmen. Das betrifft die Abstoßung eines beträchtlichen Teiles von Berufsangehörigen. Ein Teil unserer Kollegen hat infolge der Krise den Beruf gewechselt und wird es noch weiter tun, da sie die Zeit der Besserung weder abwarten können noch wollen. Das zu verhindern wäre unübersehbare Torheit, weil wir früher oder später doch zu einer Einschränkung in dieser Hinsicht kommen müssen, sobald wir der Frage des Uebergangs zur Bedarfswirtschaft näher treten. Unsere Industrie wird dann nicht mehr in der seitherigen Höhe aufrechtzuerhalten sein. Die Grenze des Bedarfs wird dann den Stand bestimmen. Die Lage der Lehrlingausbildung spielt hier auch herein, und ist es unsere Pflicht, die Eltern mit Nachdruck auf die Ausbildungslosigkeit einer solchen Ausbildung aufmerksam zu machen. Als Kontrollreue müssen hier die Betriebsräte fungieren, die uns schwer bei richtigen Maßstab finden werden. Gänzlich wir demgemäß, so erparen wir uns manches Stück harte Arbeit in der Zukunft; denn einmal gelernt, besitzen die Arbeiter zum größten Teil einen Berufsbesitz, ein Erzeugnis und Anhänger des kapitalistischen Systems, das die sozialistische Gesellschaft unter keinen Umständen dulden kann bei Erfüllung ihrer ökonomischen Aufgaben. Diese werden es erfordern, Arbeitskräfte dahin zu stellen, wo sie gerade gebraucht werden, um die notwendigen wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Man denke

an Kohlenförderung, Landwirtschaft, Urbarmachung von Oedland und dergleichen. Berufsstolz ist hier ein schweres Hindernis. Statt einen solchen zu fördern, müssen wir ihn zerstören. Als kürzlich ein derartiger Gedanke in einer Versammlung vertreten wurde, kam man schon an. Der Gedanke, „den Kleisierpinsel mit der Spide vertauschen zu müssen“, hat manchen gruselig gemacht, und doch dürfen wir uns dieser Notwendigkeit nicht verschließen, wenn es erforderlich wird, wenn auch nicht in dieser traffen Form. Ich verweise dabei wieder auf den genannten Artikel des Kollegen Busch im drittletzten Abj. Da sagt er:

„Durch den erheblichen Rückgang der Geburten in den letzten sechs Jahren ist die Kinderwagenproduktion in Zeit lahmgelegt. Ein beträchtlicher Teil unserer Kollegen, welcher früher in dieser Industrie beschäftigt war, ist dadurch gezwungen worden, auf den Braunkohlenschichten Arbeit anzunehmen. Die Verteuerung des Rohmaterials und die dadurch hervorgerufenen hohen Verkaufspreise für Kinderwagen werden mit von Einfluß bei den verminderten Aufträgen für diese gewesen sein.“

Was hier notgedrungen möglich ist, muß auch dann möglich sein, wenn das Allgemeininteresse es erfordert. — Wie immer man versuchen wird, das Geiseln der Wirtschaftskrisen aus unserem Wirtschaftsleben zu verbannt, es wird erst dann gelingen, wenn wir die Produktionsmittel an die Gesellschaft überführen und somit dem Unkraut den Boden nehmen in dem es gedeiht: den Boden der kapitalistischen Produktionsweise.

Geinrich Galm, Offenbach a. Main.

Die vorstehenden Ausführungen schneiden Fragen an, die uns noch hart aufstoßen werden. Es ist nicht leicht, dazu positive Lösungen zu finden, weil gar nicht zu übersehen ist, wie sich unser Wirtschaftsleben unter dem Einfluß der Ententeländer künftig gestaltet. Freilich ist die Lederindustrie zum großen Teil als Luxusindustrie anzusprechen, aber wo ist die Grenze zwischen Luxus und Bedarf, fragt Kollege G.?

Die Menschheit kann doch nicht zur Bedürfnislosigkeit zurückkehren und sich auf den äußersten Bedarf beschränken. Bedürfnislosigkeit ist kulturelle Rückständigkeit, das hat keiner deutlicher ausgesprochen als Ferdinand Lassalle. Die Lederindustrie krankt ja gerade daran, daß sie ihre Erzeugnisse zurzeit nicht absetzen kann. Der Uebergang zu anderen Berufen, namentlich Schwerarbeitern, ist für Feinlederarbeiter nicht so einfach, denn auch diese Arbeiten wollen gelernt und geübt sein.

Die Sozialisierung und Organisation der reinen Bedarfswirtschaft ist ein Problem, das wir wohl anstreben können und müssen, allein wie ist es mit der Lösung dieses Problems bestellt? Die Industrie muß vor allen Dingen Absatzmärkte haben für ihre Erzeugnisse, ganz gleich, ob Luxus- oder Bedarfsgegenstände hergestellt werden. Nur zu produzieren, um die Ware aufzuspeichern, hat keinen Zweck, das zeitigt eben die Krise, unter der wir leiden. Welchem Beruf aber sollen die brachgelegten Arbeiter sich zuwenden? Überall grassiert die Arbeitslosigkeit, ob Bauberufe oder Metallindustrie, ob akademische oder sonstige Berufe.

Die einzig mögliche Unterbringung von Arbeitskräften in großer Zahl böte die Inangriffnahme von Meliorations-, d. h. Landurbarmachungsarbeiten für Zwecke der Landwirtschaft. Hier müßte der Staat handeln, zunächst Wohn- und Verpflegungsgelegenheiten schaffen. Wie schwer das in heutiger Zeit ist, darf nicht unterschätzt werden. Dann haben die meisten Industriearbeiter weder Kleidung, noch Schuhzeug, noch Kräfte zu solchen Arbeiten. Und die Hauptsache! Wer hat denn den ernstlichen Willen zu zeitgemäßen Reformen? Die heutige Regierung sicher noch weniger als die gewesene.

Ist überhaupt das Verständnis bereits in dem Maße vorhanden, wie es zu einer Sozialisierung unserer Produktion notwendig ist? Wir sehen am russischen Beispiel, wohin es führt, wenn eine Sozialisierung nur mit dem Mittel rückwärtsloster, diktatorischer Gewalt zwangsweise gemacht wird. Wie lange wird dies Bestand haben? Ist das Sozialismus? O nein! Erst müssen die Volksmassen in ihrer großen Mehrheit durch Erziehung und Auffklärung dahin gebracht werden, daß sie die sozialistische Bedarfswirtschaft als notwendig durchführen und hochhalten helfen.

Wer die Schwierigkeiten sieht und aufzeigt, die sich der Lösung der Sozialisierung entgegenstellen, dem darf man deshalb doch nicht den Vorwurf machen, daß er gegen die Sozialisierung sei. Wer die Sozialisierung ernstlich will, muß gerade seine Kraft darauf richten, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Wenn es Stürmer und Dränger gibt, die ungeduldig rasch vorwärts wollen, so ist das auch kein Fehler. Wir müssen uns gegenseitig ergänzen, um das Ziel zu erreichen.

Wer sein Können mit seinen Wünschen einigermaßen in Uebereinstimmung zu bringen vermag, erreicht sein Ziel gewiß am allerleichtesten. Das läßt sich natürlich nur ganz bedingt auf ganze Völker anwenden, denn es wird nie gelingen, ein ganzes Volk unter einen Hut zu bringen. Darauf kommt es auch nicht so sehr an, sondern darauf, daß die Idee des Sozialismus und die Ueberzeugung von seiner Notwendigkeit und Durchführbarkeit bereits in den Köpfen der Mehrheit des Volkes festen Grund gewonnen hat. Daß dieses schon bis zu einem gewissen Grade der Fall ist, beweisen die vielerlei Konzeptionen, die man dem Sozialismus ständig macht. Tragen wir unsern Teil kräftig weiter dazu bei, daß es vorwärts geht, suchen wir immer mehr zu überzeugen, daß nur der Sozialismus die Menschheit frei machen kann aus der Herrschaft des Kapitals.

Die Lage unserer Dredener Mitglieder.

Die Ortsverwaltung unseres Verbandes in Dresden gibt alle Quartale ein Mitteilungsblatt heraus, in welchem die örtlichen Verhältnisse der Berufsgenossen gezeichnet werden. Am 16. Juli ist die Nr. 3 des Mitteilungsblattes erschienen; dasselbe enthält einen instruktiven Artikel über Verdienst und Kosten der Lebenshaltung. Danach betrug der Durchschnittsverdienst eines Reisepartifaktlers im 1. Quartal pro Woche 169,44 M., im 2. Quartal 227,04 M. Bei den Treibriemenfaktlern im 1. Quartal pro Woche 163,20 M., im 2. Quartal 218,88 M. Bei den Geschirrfaktlern im 1. Quartal pro Woche 158,40 M., im 2. Quartal 201,60 M. Bei den Tapezieren betrug der Lohn im 1. Quartal pro Woche 192 M., im 2. Quartal 264 M.

Für rationierte Lebensmittel mußten im Januar 38,82 M., andere Lebensmittel 31,72 M. und Sonstiges 76,50 M., zusammen 147,04 M. ausgegeben werden, dagegen im Mai für genau dieselben Bedürfnisse 270,87 M. Hier zeigt sich, daß im Januar der Verdienst gerade noch zu einer recht sorglichen Lebensweise ausreichte, während im Mai die höchst verdienenden Tapezierer nicht mehr auskommen.

Da wundern sich dann die Unternehmer, wenn der Hungernde sich durch irgendwelchen Nebenverdienst zu retten sucht und entrüsten sich über das Zunehmen sogenannter Puscharbeit. Bei den Arbeitgebern findet man nur den Willen, die Löhne herabzubrüden, ob der Arbeiter durch Unterernährung herunterkommt und seine Arbeitsfähigkeit heruntergedrückt wird, kümmert sie nicht. Natürlich müssen alle Industrien mehr oder minder darunter leiden, wenn die Kaufkraft des Arbeiters, der doch die große Masse des Volkes bildet, auf den Nullpunkt sinkt. Der Abgang der Waren muß stehen, denn die Abzugsmöglichkeit nach dem Auslande ist zurzeit sehr schwierig.

Von den Unternehmern soziales Verständnis für diese Verhältnisse zu erwarten und entsprechende Handlungen hieße sich selbst täuschen. Die Arbeiter müssen einig und geschlossen zusammenschließen, nur dann werden sie Verhältnisse schaffen, die wenigstens einigermaßen befriedigend genannt werden können. Arbeitslose Sattler waren Ende Juni 111 männliche und 81 weibliche vorhanden, Tapezierer 151, zusammen 263. Die Zahl der verkürzt arbeitenden wird auf 600 beziffert. Das sind rund 900 Verbandsmitglieder, die unter der Krise leiden, bei diesen Lebensverhältnissen.

Die Arbeit der Dresdener Ortsverwaltung ist eine vorbildliche, die Nachahmung verdient. Will man positive praktische Arbeit zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsgenossen leisten, ist vor allen Dingen erforderlich, daß man die wirklichen Verhältnisse kennt. In den Großstädten ist das nicht leicht, trotzdem müssen auch hier die Verhältnisse erforscht werden.

Der Bayerische Landesverband selbständiger Sattler, Tapezierer und verwandter Berufe zur Lehrlingsfrage.

Im Heft 14 der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“ macht der obige Verband bekannt, daß Fragen des Lehrlingswesens in den Tarifverträgen nicht geregelt werden könnten, weil dies angeblich im Widerspruch mit der Gewerbeordnung stände. Darauf ist zu erwidern, daß die Berufung auf die Gewerbeordnung nur den Kleinmeisterlichen Interessenstandpunkt verhüllen soll, der nach wie vor freie Hand in der grenzenlosen Ausnutzung der Lehrlinge behalten will. Trotz Gewerbeordnung ist im Buchdruckergerwerbe die Lehrlingsfrage längst tariflich geregelt, im Interesse und zum Wohle des Berufes. Bei den Kleinkautern freilich fehlt noch das Verständnis für diese Notwendigkeit. Wir werden es werden müssen, ob es ihnen angenehm ist oder nicht.

Zur Betriebsrätefrage.

Ueber die Bestrebungen der Berliner revolutionären Betriebsrätezentrale, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Betriebsräte zu unterbinden, haben wir in Nr. 26 und 27 berichtet. Hierzu ist noch nachzutragen, daß es anscheinend dem Bemühen des Vorstandes der Berliner Gewerkschaftskommission gelungen ist, den Weg zu einer Verständigung durch eine Abänderung ihres Entwurfs im Sinne der Rätezentrale anzubahnen.

Die Gewerkschaftskommission verpflichtet sich danach, die Kosten durch Umlageverfahren von den beteiligten Gewerkschaften einzuziehen. Die Betriebsrätezentrale hat ihren Etat aufzustellen, die Höhe der Kosten wird durch die Gewerkschaften festgesetzt. Die durch den Etat festgesetzten Gelder sind dem Kassierer der Zentrale vierteljährlich im voraus zu überweisen. Daß die Höhe der Kosten von den Gewerkschaften festgesetzt wird und die Zentrale erhält im voraus den aufgestellten Etat überweisen, reimt sich vorzüglich zusammen. Was haben denn die Gewerkschaften dabei zu melden?

Nach dem Vorschlag des Ausschusses der Gewerkschaftskommission soll die neue Rätezentrale sich wie folgt zusammensetzen: Gewerkschaftskommission 3, U. S. P. D. 3, S. P. D. 3, Afa und R. P. D. je einen Vertreter. Das wird ein schöner Wechselbalg werden, der da geboren wird, und man darf neugierig sein, wie lange seine Lebensdauer anhält.

Die „Metallarbeiterzeitung“ sagt, der Zustand sei unhaltbar und nur durch die Rätezentrale geschaffen, um sich die Existenz zu sichern. Richard Müller und sein Anhang kann darauf stolz sein. Den Führern der Rätezentrale wird gesagt, sie wüßten nicht, was sie wollen und sollten doch erst einmal unter sich darüber einig werden.

Ein wunder Punkt in der Erwerbslosenfürsorge.

Hierzu sendet Ernst Kreplin einen längeren Artikel, dem wir folgende Hauptgedanken entnehmen: Die Bestimmung, daß die Arbeitslosenunterstützung nur 26 Wochen, also ein halbes Jahr, gezahlt werden soll, mißse die Gewerkschaften verurteilen, dagegen Front zu machen.

Der paritätische, allgemein verbindliche Arbeitsnachweis zwingt den Arbeiter, solange auf Arbeit zu warten, bis die Reihe an ihm ist, d. h. alle vor ihm eingetragenen Stellen erhalten haben. Das könnte leicht länger als ein halbes Jahr andauern. Wenn man den Arbeiter verpflichtet, solange zu warten, sei man auch verpflichtet, ihn solange zu unterstützen, sonst könne leicht die wilde Stellenjagd wieder hochkommen.

Dadurch fürchtet er, die Errungenschaften der Gewerkschaften könnten gefährdet werden. Er verlangt, die Gewerkschaften sollen dafür sorgen, daß während der ganzen Zeit der Erwerbslosigkeit Unterstützung gezahlt wird, ganz gleichwie lange sie dauert.

Gegen Verteilung von fertigen Waren durch Behörden.

Die Sattlerinnungen fühlen sich geschädigt, weil Reichsbehörden an landwirtschaftliche Stellen, Verbände, Genossenschaften usw. Fertigwaren zur Verteilung überwiesen haben sollen. Dadurch entgeht ihnen der Verkaufsgewinn. Natürlich steht dieses Verlangen im Widerspruch mit dem Prinzip, den Zwischenhandel auszuschalten, um dem Verbraucher die Ware möglichst billig zuzuführen. Die Niedriger Handwerkskammer erjucht die Sattlerinnungen um Mitteilung solcher Fälle von Zuweisungen, damit sie auf die Beseitigung solcher Zuweisungen hinwirken könne. Des ist das alte Lied von der Perole: Erst kommen wir. Daran ist zu erweisen, welches riesige soziale Verständnis allgemein die Handwerkerfreie besetzt und welche Niesenarbeit noch zu verrichten ist, bis diese Kreise sich dazu bequemen werden, über ihren engen Zirkel hinaus Gemeinsinn zu belätigen.

Zum Reichstarifvertrag für die Lederarenindustrie.

Aus Anlaß wiederholter Anfragen teilen wir mit, daß die Reichsverbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium in der Nummer 101 des „Deutschen Reichsanzeigers“ vom 12. Mai 1920, 1. Beilage, 2. Seite, veröffentlicht ist.

Lohnerhöhung und Preisabbau im Osten.

Fast täglich liest man in den Zeitungen, daß die augenblickliche Teuerung den immer höher steigenden Arbeitslöhnen zuzuschreiben sei. Viele Betriebe müssen zu Arbeiterentlassungen schreiten, weil sie die angeblich hohen, unerschwinglichen Löhne nicht

mehr zahlen können. Hier liegt doch ein anderer Grund vor. Noch von der Kriegszeit her gewöhnt, an jedem Nagel einen Gewinn von 100 bis 200 Prozent zu erzielen, fällt es den Fabrikherren und Arbeitgeberern ungemein schwer, zu wirklich regulären Preisen ihre Erzeugnisse abzugeben. Ein kleiner Gewinn reizt nicht mehr, denn ihr Privatleben ist auf der Basis eines Kriegsgewinners aufgebaut. Infolgedessen darf die Quelle nicht versiegen, die die Mittel zu solchem Leben spendet. Unerhörte Preise bestehen in der Möbelindustrie, insbesondere im Polstergerwerbe, auch hier im fernen Osten. Abgeschnitten vom Reiche, kümmern sich die Herren Arbeitgeber den Teufel um das innere Wirtschaftsleben des deutschen Volkes. Sie füllen nur ihre Taschen und schreien in ellenlangen Zeitungsaufstellungen, der Grund für das Nichtzustandekommen eines merklichen Preisabbaues seien die fortwährend steigenden Lohnerhöhungen. Der Arbeiter soll von seinen paar Pfennigen Verdienst zuerst heruntergehen und monatelang hungern, der Arbeitgeber aber will von seinem Ueberfluß nichts wissen und keinen Verlust erleiden, denn sonst geht er nach seiner Ansicht zugrunde. Immer wieder der Arbeiter, der den Verlust tragen soll. Wir müssen uns dagegen wehren, das kann aber nur geschehen, wenn wir uns an unsere Organisation noch fester anschließen und, wenn der Augenblick günstig, mit fester Hand unsere Vorteile wahrnehmen. P. E., Tilsit.

Korrespondenzen.

Naumburg a. d. S. Gauleiter Busch hielt uns Vortrag über: „Unsere Aufgaben in nächster Zeit“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In anschließender Aussprache wurde die Agitations- und Lehrlingsfrage näher ins Auge gefaßt, auch wurde viel über örtliche Schmerzen diskutiert. Anwesend 14 Kollegen. Rentisch.

Stettin. (30. 7.) Versammlung vom 16. Juli. In die Arbeitsgemeinschaft werden gewählt Vorkert, Feinde und Szablon; in die Bezirksflichtungskommission Jühlsdorf, Knoblauch, Witz. Von Montag, den 19. Juli ab wird der Sacharbeitsnachweis wieder durch Vertreter des Verbandes besorgt werden, Kollege Horney wird denselben führen. Wegen Abwesenheit der Kartellbelegierten soll in der nächsten Versammlung der Bericht gegeben werden. Die Finanzierung der Betriebsrätezentrale wird dann ebenfalls erledigt. Der Kassenbericht schließt ab mit 4258,50 M. in Einnahme und Ausgabe. An die Hauptkasse wurden 2555,50 M. eingekandt. Die Lokalkasse schließt ab mit 2563,06 M. in Einnahme und Ausgabe. Bestand bleibt 1307,61 M. Mitgliederbestand: 265, darunter 13 weibliche. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Gabea.

Rundschau.

Wilhelm Brose †.

Im Alter von 76 Jahren verschied am 22. Juli in Berlin der Ehrenobermeister der Tapezierer-Zwangsinnung W. Brose. Brose war lange Jahre Obermeister der Berliner Zwangsinnung und stand im Hause, die Interessen derselben recht geschickt vertreten zu haben. Er galt auch bei unsern Vertretern als lauterer Charakter und anständiger Mensch.

Rechtsanwälte und Streikrecht. Bekannt ist die miserable Lage der Angestellten in dem Bureau der Rechtsanwälte. Zurzeit beziehen Lehrlinge 70—120 M., Gehilfen 220—440, Registratoren 510—650, Bureauvorsteher 740—825, Stenographinnen 250—490 M. monatlich. Sie fordern 50 Proz. Lohnzulage. Ein Teil der Anwälte hat die Forderung erfüllt. Am 9. Juli erhielt der Vorstand des Verbandes den Antragstellen eine Mitteilung vom Gericht. Danach wird ihm bei einer Geldstrafe von 1500 M. unterzagt, den Streik der Angestellten irgendwie zu unterstützen.

Diese einstweilige Verfügung hat der Verein der Anwälte erwirkt unter der Vorgabe, die Angestellten hätten den Vertrag gebrochen, sie wären in den Streik getreten, bevor die Verhandlungen zum Abschluß gelangt seien. Die Angestellten wiederum erklären, daß sie alles versucht haben, friedlich zum Ziele zu kommen, jedoch vergeblich.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß ein Gericht sich ohne weiteres anmaßt, das Koalitionsrecht aufzuheben. Das lassen sich die Angestellten natürlich nicht bieten und setzen den Streik fort.

Versammlungskalender.

Berlin. Tapezierer (Kleber). Versammlung Donnerstag, den 12. August, abends 6 Uhr, bei Schreiber, Holzmarktstr. 65. Neuwahl des Branchenleiters, Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion.

Begen Stoffmangel müssen verschiedene Artikel zurückbleiben.

Bücherschau.

Dr. Paul Herz und Dr. Curt Döhnheim. Verlag der „Freiheit“, Berlin E., Breite Str. 8/9, „Der Mieterschutz“. Das Heft füllt eine Lücke und dürfte vieler willkommen sein, die sich über die verschiedenen Verordnungen des Mieterschutzrechts informieren wollen und eines Ratgebers bedürfen.

Im Verlag des Verbandes der Dachbeder erschien: Th. Thomas: Was müssen unsere Kollegen vom Be-

triebsrätegesetz wissen? Das instruktive Heftchen bezweckt den Zweck, die Leser anzuspornen, alles, was dem Betriebsrätegesetz Gutes abzurufen ist, auch zu erlangen zu suchen und den Kollegen nutzbar zu machen.

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann, Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock, 1920,

Nr. 3. Das Abonnement auf die Nummern 1 bis 3 kostet 1,80 Mk.

Die Frauenerwerbsarbeit. Wurm, Mathilde. Preis 1,00 Mk. Verlag der „Freiheit“.

Die sozialistischen Neuerfindungen sind in jüngster Zeit wieder recht zahlreich geworden. Zu ausführlichen Besprechungen fehlt leider der Raum, wir sind gezwungen, die Leser auf das Selbststudium zu verweisen.

Bekanntmachung

der Zentral-Kranken- u. Sterbefasse der Tapezierer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands. (Erfassklasse Sitz Hamburg).

Durch die Verordnung vom 30. April 1920 betr. Heraufhebung der Grundlöhne und Ausdehnung der Versicherungspflicht macht sich auch für unsere Klasse eine Satzungsänderung nötig mit wesentlicher Erhöhung aller Beiträge und Leistungen. — Da innerhalb 4 Monaten die Organe der Klassen diesen neuen gesetzlichen Bestimmungen Rechnung tragen mußten, unterbreitete nach § 25 Abs. 4 unserer Satzung der Aufsichtsrat der Klasse nach Verständigung mit dem Vorstand dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung den Entwurf einer dringlichen Satzungsänderung. — Die Satzungsänderung wurde vom Reichsaufsichtsamt genehmigt und tritt am 1. August 1920 in Kraft. Dieses bewirkt den Ausgleich zwischen der starken Geldentwertung und den jetzigen Bedürfnissen, trägt dem Verlangen der Mitglieder Rechnung, indem die bisherigen niedrigen Beitragsklassen beider Abteilungen durch höhere, dem heutigen Geldwert entsprechende Klassen ersetzt worden sind.

Nach gemeinsamem Beschluß der in § 25 Abs. 4 unserer Satzung vorgesehenen Instanzen treten bezüglich der §§ 9 bis 17 der Satzung vom 1. Januar 1919 folgende Änderungen in Kraft:

§ 9 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Der Beitrag, welcher im voraus zu entrichten ist, beträgt für die Woche:

in Abteilung A:

Table with 2 columns: Klasse (Grundlohn bis zu 4 Mk. pro Tag) and Betrag (0,80, 1,50, 2,50, 3,50, 5, 7,-).

in Abteilung B:

Table with 2 columns: Klasse and Betrag (1,-, 1,50).

Bei der Festsetzung der Beitragsklassen sind die alten Bestimmungen des § 9 Abs. 8 u. 9 zu beachten, wonach die 1. Klasse der Abteilung A nur für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 16. Lebensjahr und für Lehrlinge gilt, während in der 5. und 6. Klasse der Abteilung A nur solche Mitglieder sich versichern können, welche versicherungspflichtig sind und gemäß § 517 der Reichsversicherungsordnung von ihrer Pflicht- resp. Ortsklasse befreit sind.

Den nicht versicherungspflichtigen sowie doppelt versicherten Mitgliedern steht, soweit sie das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben (vergl. § 9 Abs. 14), die Wahl der Klassen frei in Abteilung A in der 2. bis 4. Klasse, in Abteilung B in der 1. und 2. Klasse.

Ueber 45 Jahre alte Mitglieder treten, soweit sie nicht als versicherungspflichtig der höheren Klassen angehören müssen, über in die für sie bisher gültigen Klassen ihrer Abteilung.

Bei den versicherungspflichtigen Mitgliedern ist darauf zu achten, daß sie nach Befreiung von ihrer Pflichtklasse sich entsprechend ihres Verdienstes und nach dem Grundlohn genügend hoch in unserer Klasse versichern, um im Erkrankungsfall Anspruch auf die Regelleistung ihrer Pflichtkrankenkasse zu haben.

Bzüglich des Krankengeldes erhält der § 10 Ziffer 2 folgende Fassung: Das Krankengeld beträgt:

in Abteilung A:

Table with 3 columns: Klasse pro Arbeitstag, Betrag pro Woche, and Betrag pro Woche (12,-, 22,50, 37,50, 52,50, 75,-, 105,-).

in Abteilung B:

Table with 3 columns: Klasse pro Arbeitstag, Betrag pro Woche, and Betrag pro Woche (21,-, 31,50).

Für versicherungspflichtige Mitglieder, die von ihrer Pflichtklasse befreit sind, ist das Krankengeld ab 1. August 1920 während der ersten 13 Wochen nach Inkrafttreten der Satzungsänderung gemäß § 17 unserer Satzung nach dem Grundlohn zu gewähren, der bei ihrer Krankenkasse maßgebend ist. — Alle nichtversicherungspflichtigen sowie die Mitglieder der Abteilung B erhalten nach § 9 Abs. 13 unserer Satzung, wenn sie in den ersten 13 Wochen nach

erfolgtem Uebertritt erkranken, das Krankengeld der Klasse, welcher sie zuvor angehört haben.

Als Sterbegeld wird beim Tode eines Mitgliedes nach der neuen Bestimmung des § 16 Abs. 1a gewährt:

Table with 3 columns: Klasse, Betrag, and Klasse (80, 120, 200, 300, 400, 600).

in Abteilung B:

Table with 2 columns: Klasse, Betrag (140, 210).

Nach zehnjähriger Mitgliedschaft wird das Sterbegeld in den Klassen beider Abteilungen um 30 Mk. erhöht. — Ziffer 2b wird neu in folgender Fassung eingefügt: Für Mitglieder, welche in eine höhere Klasse übertreten, ohne daß dieses durch die gesetzlichen Bestimmungen bedingt ist, wird, wenn sie im ersten Jahr nach ihrem Uebertritt sterben, das Sterbegeld der Klasse gezahlt, welcher sie bisher angehört haben.

Im § 17 Ziffer 2 werden dann die neuen Bestimmungen über die Familienhilfe bei Geburtsfällen eingefügt. Danach erhalten Ehefrauen, sowie solche Töchter, Stief- und Pflegekinder der versicherungspflichtigen Mitglieder, deren Rechte und Pflichten bei ihrer Pflichtklasse nach den §§ 517—19 der Reichsversicherungsordnung ruhen und die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, Wochenhilfe, wenn

- 1. sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben,
2. ihnen ein Anspruch auf Wochenhilfe nach § 195 der R. V. O. nicht zusteht,
3. die Versicherten im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der R. V. O. bei der Krankenkasse versichert gewesen sind.

Als Wochenhilfe wird gewährt:

- 1. ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 50 Mk.
2. ein Wochenlohn von 1,50 Mk. täglich einschließlich der Sonn- und Feiertage für 10 Wochen, von denen 4 in die Zeit vor und 6 in die Zeit nach der Entbindung fallen. Das Wochenlohn der ersten 4 Wochen ist mit dem Tage der Entbindung fällig.
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 Mk. für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden.
4. solange die Wöchnerinnen ihren Neugeborenen stillen, ein Stillgeld von 75 Pf. täglich einschließlich der Sonn- und Feiertage bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Weitere Bestimmungen regeln die Verpflichtungen der Klassen beim Arbeitswechsel usw.

Sonstige Änderungen der Satzungen vom 1. Januar 1919 erfolgen nicht. Die Satzungen sowie die neuen Änderungen sind bei den Ortsverwaltungen der Klasse, die jetzt 130 Vertretungsstellen in den größten deutschen Städten besitzt, zu haben, ebenso wird dort über Klassenverhältnisse Auskunft erteilt und Beitrittserklärungen entgegengenommen.

Die Klasse, seit 1884 bestehend, verfügt zurzeit über ein Vermögen von rund 230 000 Mark, hat den gesetzlich notwendigen Reservefonds damit um gut 30 000 Mk. überschritten, sie steht mit ihren bisherigen Leistungen an erster Stelle mit unter den Erfassklassen und dient durch den ständigen Ausbau der Erfass- sowie der Zuschußabteilung allen berechtigten Wünschen der Berufsgenossen Deutschlands.

Eine besondere Sterbefasse für die Mitglieder der Zentralkrankenkasse und deren Ehefrauen besteht ferner, die bei einem Monatsbeitrag von 25 Pf. Sterbegeld zahlt, für Männer von 75 bis 175 Mk., für Frauen von 85 bis 190 Mk. je nach dem Eintrittsalter. — Bis zu 3 Versicherungen auf 1 Person sind zulässig, wobei dann die obigen Sterbegeldsätze in dreifacher Höhe gezahlt werden.

Auch diese Sterbefasse ist eine der leistungsfähigsten, die Gegenleistungen für den geringen Monatsbeitrag sind sehr große.

Allen Berufsgenossen sei daher der Eintritt in die Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, sowie der Eintritt für sich und ihre Frauen in die Zentral-Sterbefasse der Tapezierer und deren Frauen Deutschlands nochmals angelegentlich empfohlen.

Der Vorstand.

Hamburg 1, Wesenbinderhof 57, Zimmer Nr. 64.

Sterbetafel.

Berlin. Am 25. Juli starb Kollege Adolf Hilberthal im Alter von 81 Jahren, Galanteriebranche. Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschreibung vom 11. Mai 1920 beschlossene Satzungsänderung vom Oberversicherungsamt genehmigt ist und mit dem 1. August 1920 in Kraft tritt. H. Gotteßmann, Fr. Reese, Vorsitzender. Schriftführer.

Tücht. Portefeuller auf Damensachen u. Trefores

von Lederwarenfabrik in rheinischer Großstadt gesucht. Es wollen sich nur solche melden, die auf dauernde Stellung reflektieren. Angebote mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit unter D. L. 60 an die Expedition d. Blattes.

Tüchtiger, erfahrener Fachmann,

welcher in der Lage ist, eine Rofferfabrik einzurichten, innerhalb des Betriebes dispositionsfähig ist, zum sofortigen Eintritt für eine Lederwarenfabrik Süddeutschlands gesucht. Masch. Einrichtung ist vorhanden! Angeb. mit Zeugnisabschrift unter Z. N. 820 an die Expedition.

Zur gefl. Beachtung!

Beim Zentralvorstand laufen fortgesetzt ungenügend frankierte Postfächer ein, wodurch wir unnützlich Strafpunkte bezahlen müssen. Auch die Statistikkarten müssen mit 30-Pfennig-Marken frankiert werden.

Der Zentralvorstand.